

Stadt Hildesheim

# **Gewaltschutzkonzept für besonders schutzbedürftige Personen in Gemeinschaftsunterkünften in der Stadt Hildesheim**

**Die Würde des Menschen ist unantastbar.  
Sie zu achten und zu schützen ist die  
Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**

Art. 1 Grundgesetz

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung: Situation in Hildesheim und Ziel des Konzepts</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Prävention von Gewalt gegen besonders vulnerable Gruppen</b>	<b>3</b>
2.1	Definition der Formen von Gewalt	3
2.2	Vulnerable Personengruppen	4
2.3	Standards für strukturell verankerten Gewaltschutz	4
2.4	Prävention durch räumliche Standards	7
2.5	Prävention durch personelle Standards	8
<b>3</b>	<b>Hilfe und Unterstützung nach Auftreten von Gewalt</b>	<b>9</b>
3.1	Unterstützung der Betroffenen und Vermeidung von Wiederholungstaten	9
3.2	Rechtliche Konsequenzen gegen die gewaltverursachende Person	10
<b>4</b>	<b>Umsetzung des Konzepts in der einzelnen Gemeinschaftsunterkunft</b>	<b>11</b>
<b>5</b>	<b>Anhänge: Tools für die Umsetzung</b>	<b>11</b>
<b>6</b>	<b>Quellen</b>	<b>12</b>
	<b>Impressum:</b>	<b>13</b>

**Zur besseren Lesbarkeit des Textes wird soweit möglich die geschlechtsneutrale Wortform verwendet.**

# 1 Einleitung: Situation in Hildesheim und Ziel des Konzepts

Bis März 2022 gab es im Stadtgebiet Hildesheim 3 Gemeinschaftsunterkünfte für die Unterbringung von Flüchtlingen und obdachlosen Personen. Es schien zunächst, als würde durch den Abzug der Nato aus Afghanistan die Unterbringung der Ortskräfte eine große Herausforderung werden, doch mit dem Kriegsausbruch in der Ukraine wurde die Stadt Hildesheim plötzlich vor erheblich größere Aufgaben gestellt. Innerhalb kürzester Zeit erreichten viele alleinreisende Frauen mit Kindern, traumatisierte und kranke Menschen aus der Ukraine Deutschland / Niedersachsen / Hildesheim, die seitdem ebenfalls Schutz und Unterkunft benötigen. Für die Stadt Hildesheim bedeutete dies - wie für alle anderen Kommunen - eine enorme Erhöhung der Flüchtlingsquote und die Zuweisung von immer mehr Flüchtlingen aus der Ukraine, aber auch aus anderen Staaten durch die Landesaufnahmebehörden. Es müssen in Hildesheim viele neue Unterkünfte geschaffen und bestehende möglichst sozialverträglich, aber enger belegt werden. Dadurch kann bei der Zimmerbelegung in den Unterkünften nicht mehr wie im bisherigen Maße auf ethnische oder religiöse Herkunft, Altersstruktur, körperliche oder psychische Beeinträchtigungen Rücksicht genommen werden. Die Zahl der von vorher 3 Gemeinschaftsunterkünften ist derzeit um 5 weitere angestiegen, und die Kapazitäten müssen stetig und vorausschauend ausgebaut werden. Das verändert die Bevölkerungsstruktur ganzer Stadtteile. Noch hofft die Stadt, die Belegung von Turnhallen als Notunterkünfte in Hildesheim vermeiden zu können.

**Der Anspruch der Stadt Hildesheim ist es, geflüchteten Menschen, die in ihren Unterkünften leben, den größtmöglichen Schutz vor Gewalt jeglicher Art zu gewähren.**

Die Stadt als Trägerin der Gemeinschaftsunterkünfte hat es sich zur Aufgabe gesetzt, Strukturen für ein friedliches und sicheres Miteinanderleben in jeder der städtischen Flüchtlings- und Obdachlosenunterkünfte zu implementieren. Ein verbindliches und praxiswirksam umgesetztes Gewaltschutzkonzept auf der Grundlage der „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ (Stand April 2021, BMSFJ, UNICEF). ist dafür eine geeignete Maßnahme im Sinne der §44 Abs. 2a und §53 Abs. 3 Asylgesetz.

Ziel des Hildesheimer Gewaltschutzkonzepts für alle Gemeinschaftsunterkünfte ist es,

- durch Prävention die verschiedenen Gewaltformen, die Menschen widerfahren können (s. 2.1 Definitionen von Gewalt) in den Gemeinschaftsunterkünften möglichst zu verhindern, indem wirksame Schutzstrukturen aufgebaut und Risikofaktoren reduziert werden.
- die Beteiligten in die Lage zu versetzen, dass sie nach einem eingetretenen Gewaltvorfall schnell, strukturiert und für alle Betroffenen hilfreich handeln können.
- den Beteiligten Unterstützung und geeignetes Handwerkszeug (= Tools) zu geben, um diese Aufgaben in ihrer Gemeinschaftsunterkunft umsetzen zu können.

Die Bundesinitiative Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften hat in ihrem Leitfaden zur Erarbeitung, Umsetzung und Verstetigung von Schutzkonzepten empfohlen, bereits in der Phase der Vorbereitung eines solchen Konzepts alle Akteure einzubeziehen, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten festzulegen und sich über den hohen Einsatz von personellen, zeitlichen und finanziellen Ressourcen im Klaren zu sein. Wegen der beschriebenen aktuellen Flüchtlings- und Unterbringungssituation sind alle Akteure in hohem Maße belastet, daher wurde dieses Hildesheimer Gewaltschutzkonzept vom Fachbereich Soziales und Senioren verschriftlicht. Es enthält definierte Standards für alle Gemeinschaftsunterkünfte, sowie Muster, Checklisten, Beratungs- und Anlaufstellen mit örtlichem Bezug und auch überregional als Hilfsmittel für die unterkunftsspezifische Umsetzung. Auf Literatur und Quellen wird verwiesen und Links zum genaueren Nachlesen angegeben.

Die Betreiber der Unterkünfte, bestehend aus Einrichtungsleitung und Mitarbeitenden (im Folgenden: Beschäftigte) füllen das Gewaltschutzkonzept mit Leben, indem es auf die räumliche Situation und personelle Ausstattung bezogen und individuell ausgestaltet zu einem einrichtungsspezifischen Gewaltschutzkonzept wird. Die Tools sind hierfür geeignete Hilfsmittel. Die Stadt Hildesheim, Fachbereich Soziales und Senioren (im Folgenden: Stadt) stellt aus dem Bereich FB 50.1 eine/n Beauftragte/r für Gewaltschutz zur Gewaltschutzkoordination, um den Prozess der Umsetzung und Verstetigung durch Evaluation in den Gemeinschaftsunterkünften zu begleiten (Arbeitskreis mit Betreibern, Teilnahme an den Teamsitzungen in einzelnen Gemeinschaftsunterkünften).

## 2 Prävention von Gewalt gegen besonders vulnerable Gruppen

Ein Schwerpunkt dieses Konzeptes ist es, vorbeugende Maßnahmen zu definieren und umzusetzen, damit die in den Gemeinschaftsunterkünften lebenden besonders schutzbedürftigen, vulnerablen Personengruppen (2.2) nach der Zeit von Flucht und möglicherweise traumatisierenden Erlebnissen hier in der Hildesheimer Unterkunft keiner Form von Gewalt (2.1) ausgesetzt sind. Gewaltprävention stellt eine der wichtigsten Aufgaben beim Schutz von Frauen, Kindern, Jugendlichen, Menschen mit Behinderung und LSBT\*IQ vor sexualisierter, psychischer und physischer Gewalt dar. Die präventiven Standards müssen auf 3 verschiedenen Ebenen in jeder Unterkunft verankert sein:

S = Strukturell, das heißt, sie sind in der internen Organisation der Unterkunft etabliert s. 2.3

R = Räumlich, das heißt, die Unterbringung wird nach diesen Prinzipien im Gebäude durchgeführt s. 2.4

P = Personell, das heißt, die Einrichtungsleitung und Beschäftigten wenden diese Kenntnisse /Maßnahmen zum Schutz der Bewohnenden in der Unterkunft an s. 2.5

### 2.1 Definition der Formen von Gewalt

Nachfolgend sind die unterschiedlichen Gewaltformen aufgeführt. Weiterführend hierzu s. Anhang 1.

• Physische Gewalt	• Sexualisierte Gewalt
• Psychische Gewalt	• Vernachlässigung von Kindern
• Gewalt in Paarbeziehungen	• Geschlechtsspezifische Gewalt
• Zwangsheirat	• Nachstellung/Stalking
• Weibliche Genitalverstümmelung	• Gewalt unter Kindern
• Menschenhandel	

## 2.2 Vulnerable Personengruppen

Vulnerable Personen leben in einer erhöhten Risikosituation der „Verwundbarkeit und Verletzlichkeit“ und haben daher einen besonders hohen Schutzbedarf. Hierzu sind zu zählen:

• Frauen	• Menschen mit Behinderungen
• Schwangere	• Ältere Menschen
• Kinder	• Personen mit psychischen Störungen
• Jugendliche	• Betroffene des Menschenhandels
• LSBT*IQ - Personen	• Religiöse Minderheiten
• Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern	• Frauen und Mädchen, die Opfer von Genitalverstümmelung geworden sind
• Personen mit schweren körperlichen Erkrankungen	• Menschen, die Folter, Vergewaltigung oder andere Gewalt erlitten haben

## 2.3 Standards für strukturell verankerten Gewaltschutz

Die nachstehend aufgeführten Standards sind in der internen Organisation jeder Einrichtung etabliert und werden weiterentwickelt:

### S1) Sensibilisierung und Schulung der Beschäftigten (s. auch 2.5, P17):

Alle in der Unterkunft tätigen Personen sind sensibilisiert und geschult im Hinblick auf das Erkennen (P18) und Verhindern von Gewalt. Sie kennen die Meldekette (S6 und Anhang 7), die die Verfahrensabläufe beim Auftreten von sexualisierter, psychischer oder körperlicher Gewalt und Übergriffen festlegen, um schnell und ohne Zeit- und Reibungsverluste den größtmöglichen Schutz der Betroffenen sicherzustellen. Sie sind sich der geschlechtsspezifischen Problemlagen bewusst und wissen Bescheid über die speziellen Beratungsstellen und Hilfsangebote in der Stadt (Anhang 2).

### S2) Aufklärung der Bewohnenden:

Vulnerable Personen, insbesondere Frauen, Kinder und Jugendliche werden von den Beschäftigten darüber aufgeklärt, dass sie sexualisierte, psychische oder körperliche Gewalt nicht hinnehmen müssen und dass sie einen Anspruch auf Schutz und Hilfe haben.

S3) Hilfsangebote sichtbar machen:

Informationsmaterial, insbesondere Plakate der Polizei und des bundesweiten Hilfefonns werden an zentralen Orten sowie in Sanitärräumen und Gemeinschafts- bzw. Schutzräumen (2.4) angebracht. Die zuständigen Beschäftigten der Einrichtung sorgen dafür, dass stets Informationsmaterial in unterschiedlichen Sprachen und möglichst bildgestützt / mit Piktogrammen zu den Themen Gewaltschutz, sowie Gleichberechtigung, Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen und Identitäten sowie eine Übersicht der vorhandenen Beratungsstellen gut sichtbar ausliegt / aushängt. Das Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen stellt online unter [www.ntfn.de](http://www.ntfn.de) unterschiedliches Material wie z.B. Flyer für Beratungsangebote in Niedersachsen in allen Sprachen zur Verfügung (Anhang 2, Ziffer 5).

S4) Hausordnung der Stadt Hildesheim: (Anhang 6)

Die Gemeinschaftsunterkunft positioniert sich mit der Hausordnung der Stadt Hildesheim mit klarer Haltung gegen Gewalt. Die Hausordnung ist mehrfach im Haus - auf jeder Etage - an zentraler Stelle in verschiedenen Sprachen und wenn möglich mit Piktogrammen und auch in kindgerechter Fassung ausgehängt. Daraus geht deutlich hervor: Gewalt jeglicher Art wird nicht toleriert!

S5) Interne Ablaufregelung:

Zur Prävention gehört es, auf den Eintrittsfall vorbereitet zu sein und klare Abläufe zu definieren. Bei Fällen von sexualisierter oder körperlicher Gewalt sind von der Einrichtungsleitung klar strukturierte Verfahrensschritte festgelegt worden, die allen Mitarbeitenden bekannt sind und wiederholt in Erinnerung gebracht werden, so dass sie in Verdachtssituationen oder bei konkreten Vorkommnissen sofort umgesetzt werden.

Die wichtigsten Schritte dabei sind:

1. Sofortigen Schutz der betroffenen Person sicherstellen
2. Hinzuziehen von möglichst neutralen dolmetschenden Personen
3. Information an die Einrichtungsleitung oder ihre Vertretung
4. Benachrichtigung der Polizei durch die Einrichtungsleitung
5. Bei Kindeswohlgefährdung Jugendamt Fachstelle Kinderschutz benachrichtigen  
(Anhang 2)
6. Konsultation von Ärzten, Fachberatung und Rechtsanwälten
7. Dokumentation

Geeignete Hilfsmittel für die interne Ablaufregelung sind die individuell auszugestaltende Meldekette (s. Anhang 7), sowie die Checklisten zur Kindeswohlgefährdung (s. Anhang 3) und Erwachsenenengefährdung (s. Anhang 4).

Zu Maßnahmen zur Vermeidung von Wiederholungstaten und für den Opferschutz wird verwiesen auf Seite 9 Punkt 3. Hilfe nach Auftreten von Gewalt.

S6) Meldekette (Anhang 7):

Die Einrichtungsleitung regelt durch eine individuelle mit Namen und Telefonnummern ausgestaltete Meldekette den Ablauf, wie mit Information oder dem Verdacht über Gewaltvorfälle in ihrer Unterkunft verfahren wird. Die Meldekette ist eine Grundlage dafür.

### **Standards im Verhältnis Betreiber / Träger:**

S7) Einrichtungsleitung als Ansprechperson:

Die Einrichtungsleitung - bei Abwesenheit ihre bestimmte Vertretung - hat für alle internen und externen Beteiligten die Funktion der festen Ansprechperson. Bei Verdacht oder nach dem Auftreten von Gewalt leitet sie die notwendigen Schritte ein und informiert umgehend den verantwortlichen Träger für die Unterbringung asylsuchender oder wohnungsloser Personen. Der Träger ist die Stadt, Ansprechpartner für die Einrichtungsleitung ist der/die Beauftragte für Gewaltschutz. Die Einrichtungsleitung stellt den Kontakt zu den Beratungs- und Anlaufstellen her und ermutigt Betroffene, die Hilfsangebote zu nutzen.

S8) Überprüfung der Standards in der Einrichtung durch den Träger:

Die Stadt sorgt dafür, dass die Standards in der Gemeinschaftsunterkunft eingehalten und umgesetzt werden. Dies geschieht durch regelmäßige Überprüfungen durch Mitarbeitende des Bereichs 50.1 Unterbringung und Obdachlosenbehörde und der / die Beauftragte für Gewaltschutz durch Abstimmungsgespräche mit der Einrichtungsleitung, sowie durch entsprechende Festschreibungen in den Betreiberverträgen.



## 2.4 Prävention durch räumliche Standards

Folgende räumliche Standards bei der Unterbringung von Flüchtlingen sind sichergestellt:

- R9) Alleinreisende Frauen (und ihre Kinder) werden in den Gemeinschaftsunterkünften nicht gemeinsam mit alleinreisenden Männern in einem Zimmer bzw. einer Wohneinheit untergebracht.
- R10) Wenn baulich möglich findet innerhalb der Unterkunft durch abgetrennte Bereiche eine Trennung von Frauen und ihren Kindern zu alleinreisenden Männern statt.
- R11) Im Rahmen der baulichen Möglichkeiten gibt es Aufenthalts- und Rückzugsmöglichkeiten für schutzbedürftige Personen, die Privatsphäre garantieren (z.B. Stillmöglichkeiten für Mütter ohne Zugang von Männern, Spielmöglichkeiten für Kinder).
- R12) Alle Zimmer sind abschließbar. Der Zutritt zu verschlossenen Zimmern ist nur durch die jeweiligen Bewohnende und die Beschäftigten möglich (siehe Hausordnung).
- R13) Abschließbare und nach Geschlechtern getrennte Sanitäranlagen sind von Beginn an in jeder Unterkunft sichergestellt.
- R14) Frauen, die innerfamiliärer Gewalt ausgesetzt sind, wird ein Beratungsangebot zur Verfügung gestellt. Die räumliche Trennung der Betroffenen wird sichergestellt.
- R15) Personen, die aufgrund ihrer sexuellen Identität oder Orientierung Übergriffe erlebt haben oder befürchten müssen, werden ebenfalls bei der Unterbringung besonders berücksichtigt.
- R16) Flure und die Bereiche um die Sanitäranlagen sind gut beleuchtet.

## 2.5 Prävention durch personelle Standards

Nachfolgende Standards gelten für das Personal in den Gemeinschaftsunterkünften:

### P17) Sensibilisierung und Schulungen der Beschäftigten:

Dieser Standard ist sowohl strukturell (s. S1) als auch personell zu betrachten:

Die Beschäftigten in der Unterkunft sind aufgrund ihrer beruflichen Qualifikation und Schulungen entsprechend sensibilisiert. Um diesen strukturellen Standard (S1) zu erzielen, sorgt die Einrichtungsleitung für die Anmeldung und Teilnahme aller Beschäftigten an regelmäßigen und zur Auffrischung wiederholenden (1-2 Mal im Jahr) Schulungen zu den nachfolgend aufgeführten gewaltschutzrelevanten Themen bei Anbietern wie z. B. der Diakonie Oldenburg ([Veranstaltungen | Bundesinitiative Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften \(gewaltschutz-qu.de\)](https://www.gewaltschutz-qu.de/veranstaltungen)).

Die Stadt als Träger unterstützt die Einrichtungsleitung zusätzlich, indem sie Schulungsangebote, über die sie Kenntnis erhält, weitergibt.

Relevante Schulungsinhalte sind u.a.:

- Gewaltformen, Gewaltprävention und Gewaltschutz
- Kindeswohlgefährdung
- Rechtliche Grundlagen zum Gewaltschutz
- Spezifische Fluchtursachen und -erlebnisse von Frauen, Kindern,
- Jugendlichen und LSBTIQQA\*- Personen
- Informationen zu Traumatisierung und Traumafolgen
- konkretes Vorgehen im Fall von Konflikten und Gewalt

### P18) Erkennen von Gewalt durch Beschäftigte

Für das Erkennen von Gewalt sind Anlage 3 *Checkliste zur Einschätzung von Kindeswohlgefährdung* und Anlage 4 *Checkliste zur Einschätzung einer Gefährdung bei Erwachsenen* hilfreich. Diese Checklisten dienen lediglich als Anhaltspunkte und ersetzen nicht die Hinzuziehung von geschulten Fachleuten wie Mitarbeitende des Jugendamtes oder Ärzte zur Einschätzung der Situation.

Die Diakonie Osnabrück bietet für Mitarbeitende in Gemeinschaftsunterkünften zu diesem Thema kontinuierlich Fortbildungen und Schulungen an.

P19) Erweitertes Führungszeugnis aller Beschäftigten:

Von allen ehrenamtlich und hauptamtlich tätigen Personen, d. h. auch von Mitarbeitenden des Sicherheitsdienstes, Reinigungskräften, Personen, die Nachhilfe, Sprachkurse oder Musikunterricht etc. geben, liegt der Einrichtungsleitung ein erweitertes Führungszeugnis vor. Die erweiterten Führungszeugnisse der hauptamtlich Beschäftigten liegen der Stadt vor.

P20) Selbstverpflichtung (Muster Anhang 8):

Beim Abschluss neuer bzw. bei der Verlängerung vorhandener Betreiberverträge wird als Bestandteil aufgenommen: Zur Sensibilisierung des Personals in Bezug auf Gewaltschutz weist der Betreiber Selbstverpflichtungserklärungen aller Beschäftigten nach. Zweck einer Selbstverpflichtung soll es sein, ein Bekenntnis zur Gewaltfreiheit und grenzachtendem Umgang zu etablieren.

### **3 Hilfe und Unterstützung nach Auftreten von Gewalt**

In Fällen von auftretender Gewalt ist es für Betroffene und Beschäftigte wichtig, adäquat zu reagieren. Dies umfasst den akuten Handlungsbedarf und auch die längerfristigen Konsequenzen.

3.1 Den Betroffenen wird sofort Hilfe und Unterstützung angeboten

O = Opferschutz

3.2 Rechtliche Konsequenzen gegen die gewaltverursachende Person

#### **3.1 Unterstützung der Betroffenen und Vermeidung von Wiederholungstaten**

Nach einem gewalttätigen Übergriff, der nicht als einmaliger Vorfall zu werten ist, oder sexualisierter Gewalt müssen alle Schritte eingeleitet werden, um die Betroffenen in der Einrichtung zu schützen und zu unterstützen. Es werden Vorkehrungen getroffen, um Wiederholungstaten zu vermeiden:

Dafür gelten folgende Standards zum Opferschutz = O:

O21) Sofortige Durchführung der Verfahrensschritte zur „internen Ablaufregelung“. (S. 2.3, Standard S5).

- O22) Den Betroffenen wird angeboten auf Wunsch zu Untersuchungen, Anhörungen und Beratungsgesprächen begleitet zu werden.
- O23) Schutz der Betroffenen durch dauerhafte räumliche Trennung von Täter / Täterin bzw. übergriffiger Person
- O24) Konsequentes Verhalten gegen Täter / Täterin bzw. übergriffiger Person bei jedem einzelnen Vorfall durch rechtstaatliches Vorgehen (Polizeieinsatz, Strafanzeige), Dokumentation, Hausverbot
- O25) Geschlechtsspezifische Statistik zur Dokumentation und Auswertung für die Weiterentwicklung von Schutzmaßnahmen

### 3.2 Rechtliche Konsequenzen gegen die gewaltverursachende Person

Bei Vorkommnissen körperlicher oder sexualisierter Gewalt in einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge werden die Strafverfolgungsbehörden unverzüglich eingeschaltet. Auf Grundlage des Gewaltschutzgesetzes können Menschen, die gewalttätig geworden sind oder Anderen Gewalt androhen – im Sinne der Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder der Freiheit – von der Polizei aus der Wohnung verwiesen werden. Dies gilt im Regelfall für die eigene oder eine gemeinsame Wohnung, kann aber auch vom Betreiber einer Unterkunft angewandt werden. Mit der Wohnungsverweisung kann ein Rückkehrverbot verbunden werden. Trotz Wohnsitzauflagen kann durch entsprechende Ausnahmen sichergestellt werden, dass eine Trennung von Täter/Täterin bzw. der übergriffigen Person und Opfer erfolgt. Geflüchtete Menschen können in vielen Fällen trotz Familienasyl auch nach einer Trennung in Deutschland bleiben. Ein Anspruch auf ein eigenes Asylverfahren ist gegeben, wenn der Fluchtgrund trotz Trennung weiterhin besteht.

Wenn ein Flüchtling Straftaten verübt oder ein anderer Ausweisungsgrund besteht, kann die Verlängerung des Aufenthaltstitels abgelehnt werden. Dies gilt nicht für die Verlängerung des Aufenthaltstitels des Ehepartners, wenn sich die Gewalt gegen sie / ihn und die Kinder richtet. Eine Anzeige gegen den Ehepartner hat keine Auswirkungen auf den eigenen Aufenthaltstitel.

## **4 Umsetzung des Konzepts in der einzelnen Gemeinschaftsunterkunft**

Die/Der Beauftragte für Gewaltschutz der Stadt und der/die direkte Ansprechpartner/in für Gewaltschutz aus jeder Gemeinschaftsunterkunft, der /die vom Betreiber dafür bestellt wird, arbeiten in enger Abstimmung daran, um dieses Gewaltschutzkonzept verbindlich und praxiswirksam in jeder Gemeinschaftsunterkunft umzusetzen und zu evaluieren. Der/die Beauftragte für Gewaltschutz unterstützt bei der Bestandsaufnahme, der Risikoanalyse, Konkretisierung der Ziele und Maßnahmen mit Hilfe von Meilensteinen für die Umsetzung.

Eine kurze Einführung in die Risikolanalyse ist als Anhang 6 beigefügt. Weitere umfangreiche Hilfsmittel sind in der toolbox von [gewaltschutz-gu.de](http://gewaltschutz-gu.de) zu finden.

## **5 Anhänge: Tools für die Umsetzung**

Anhang 1: Formen von Gewalt

Anhang 2: Beratungsstellen und Hilfsangebote

Anhang 3: Checkliste zur Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung

Anhang 4: Checkliste zur Einschätzung einer Gefährdung Erwachsener

Anhang 5: Risikoanalyse – eine Orientierung

Anhang 6: Hausordnung

Anhang 7: Meldeketten

Anhang 8: Selbstverpflichtungsschreiben

## 6 Quellen

Für dieses Gewaltschutzkonzept wurden nachstehende Quellen verwendet:

UNICEF: Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften. 4. Auflage, 2021.  
(<https://www.unicef.de/informieren/materialien/mindeststandards-schutz-fluechtlinge-2021/243676>)

Stadt Oldenburg: Gewaltschutzkonzept für Flüchtlingsunterkünfte in der Stadt Oldenburg  
Gewaltprävention und Standards in Flüchtlingsunterkünften, insbesondere für besonders schutzbedürftige Personengruppen. 2016 (URL: [https://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2017/01/2016\\_08-Stadt-Oldenburg-Gewaltschutzkonzept.pdf](https://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2017/01/2016_08-Stadt-Oldenburg-Gewaltschutzkonzept.pdf))

Der Paritätische: Empfehlungen zum Erstellen eines Gewaltschutzkonzepts  
([https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/doc/parit\\_empf\\_gewaltschutzkonzept\\_gemeinschaftsunterkuenfte\\_web.pdf](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/parit_empf_gewaltschutzkonzept_gemeinschaftsunterkuenfte_web.pdf))

Bundesinitiative Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften: Leitfaden  
([https://www.gewaltschutz-gu.de/fileadmin/user\\_upload/PDFs\\_Publikationen/Praxisleitfaden\\_Schritt\\_für\\_Schritt-SPI2022.pdf](https://www.gewaltschutz-gu.de/fileadmin/user_upload/PDFs_Publikationen/Praxisleitfaden_Schritt_für_Schritt-SPI2022.pdf))

Dezentrale Beratungs- und Unterstützungsstruktur für Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften (DeBUG)  
(<https://www.diakonie-os.de/angebote/fluechtlingsarbeit-migration/gewaltschutz.html>)

### Impressum:

Stadt Hildesheim  
Fachbereich Soziales und Senioren  
Bereich 50.1 Flüchtlings- und Wohnungslosenhilfe  
Januar 2024

# Formen von Gewalt<sup>26</sup>

## Physische Gewalt

Jede bewusste Anwendung körperlicher Gewalt gegenüber einer betroffenen Person, die zu Schaden, Verletzung, Behinderungen oder zum Tod führen kann oder führt. Schubsen, schlagen, boxen, ohrfeigen, schütteln, stoßen, werfen, mit der Faust schlagen, kratzen, an den Haaren ziehen, treten, grabschen, beißen, verbrennen, würgen, vergiften oder die Verwendung eines Gegenstandes als Waffe sind alles Formen physischer Gewalt.<sup>27</sup>

## Sexualisierte Gewalt

Alle sexuellen Handlungen an oder vor einer Person (jeden Geschlechts und jeden Alters), die ohne Einverständnis oder ohne die Möglichkeit des Einverständnisses vorgenommen werden (z. B. bei Personen unterhalb des Schutzalters, bei Personen, die geistig oder körperlich nicht in sexuelle Handlungen einwilligen können, die betrunken sind oder unter Drogeneinfluss stehen). Sexualisierte Gewalt hat zahlreiche Formen. Hierzu zählen z. B. Vergewaltigung, versuchte Vergewaltigung, sexuelle Berührungen ohne Einwilligung, anzügliche Bemerkungen, sexuelle Belästigung, das Zeigen von pornografischen Filmen oder Abbildungen, Masturbation im Beisein eines Kindes oder einer nicht zum Eingreifen fähigen Person, Zwangsprostitution, Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung sowie sexueller Missbrauch und Ausbeutung über das Internet.<sup>28</sup> Der Begriff „sexualisierte“ Gewalt verdeutlicht dabei, dass sexuelle Handlungen auch instrumentalisiert werden, um Gewalt und Macht auszuüben.

## Psychische Gewalt

Jede Art nicht-physischer Gewalt mit schädlichen Auswirkungen für die emotionale Gesundheit und

Entwicklung eines Menschen. Hierzu zählen verbale Gewalt, Demütigungen, Zurückweisung oder Ignorieren, Isolierung des Menschen von Freund:innen und Familie, Vermitteln des Gefühls wertlos und ungeliebt zu sein, bedrohen, erpressen, eine Person bewusst in Verlegenheit zu bringen, zu verstören oder sie zu schikanieren (sogenanntes „bullying“).<sup>29</sup>

## Vernachlässigung von Kindern

„Die andauernde oder wiederholte Unterlassung fürsorglichen Handelns Sorgeverantwortlicher Personen (Eltern oder andere von ihnen autorisierte Betreuungspersonen), welches zur Sicherstellung der physischen und psychischen Versorgung des Kindes notwendig wäre“. Diese Unterlassung kann aktiv oder passiv (unbewusst), aufgrund unzureichender Einsicht oder unzureichenden Wissens erfolgen. „Die durch Vernachlässigung bewirkte chronische Unterversorgung des Kindes durch die nachhaltige Nichtberücksichtigung, Missachtung oder Versagung seiner Lebensbedürfnisse hemmt, beeinträchtigt oder schädigt seine körperliche, geistige und seelische Entwicklung und kann zu gravierenden bleibenden Schäden oder gar zum Tode des Kindes führen“.<sup>30</sup>

## Gewalt in Paarbeziehungen

Gewalt in Paarbeziehungen bezeichnet „alle Handlungen körperlicher, sexueller, psychischer oder wirtschaftlicher Gewalt, die innerhalb der Familie oder des Haushalts oder zwischen früheren oder derzeitigen Eheleuten oder Partner:innen in allen geschlechtlichen Konstellationen und in jedem Alter vorkommen, unabhängig davon, ob der:die Täter:in denselben Wohnsitz wie das Opfer hat oder hatte“.<sup>31</sup> Synonym oder überschneidend verwendete Begriffe sind unter anderem häusliche Gewalt und Partnergewalt.

26. Dies ist keine umfassende Auflistung aller verschiedenen Formen von Gewalt. Auch treten verschiedene Formen von Gewalt häufig in verschränkter Form und nicht isoliert voneinander auf.

27. Weltbericht Gewalt und Gesundheit, Weltgesundheitsorganisation, 2002; Fachausschuss für die Rechte des Kindes, Allgemeine Bemerkung Nr. 13, Das Recht des Kindes auf Schutz vor allen Formen der Gewalt, Absatz 22, 2011.

28. Vgl. Weltbericht Gewalt und Gesundheit, Weltgesundheitsorganisation, 2002.

29. Vgl. <https://www.frauenrechte.de/online/index.php/themen-und-aktionen/haeusliche-und-sexualisierte-gewalt/262-lieber-ohne-gewalt/1207-unterschiedliche-arten-der-gewalt>, Stand: 22.5.2017; Fachausschuss für die Rechte des Kindes, Allgemeine Bemerkung Nr. 13, Das Recht des Kindes auf Schutz vor allen Formen der Gewalt, Absatz 21, 2011.

30. Schone et al: Kinder in Not. Vernachlässigung im frühen Kindesalter und Perspektiven sozialer Arbeit. Münster, 1997, S. 21.

31. Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, verabschiedet 2011, in Kraft getreten 2014.



### Geschlechtsspezifische Gewalt

Geschlechtsspezifische Gewalt ist ein Oberbegriff für jeden Gewaltakt, der sich gegen eine Person aufgrund deren wahrgenommenen Geschlechts und/oder sexuellen Orientierung richtet, oder Gewaltakte, die sich unverhältnismäßig gegen eine bestimmte Geschlechtsgruppe richten. Sexualisierte Gewalt, häusliche Gewalt und Missbrauch sind Formen geschlechtsspezifischer Gewalt. Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen definiert geschlechtsspezifische Gewalt als „eine sozial schädliche Handlung gegen den Willen einer Person, der sozial zugeschriebene Unterschiede zwischen Männern und Frauen zugrunde liegen. Solche Gewalt basiert auf sozial zugeschriebenen Unterschieden(,) ... ist jedoch nicht auf sexualisierte Gewalt beschränkt.“<sup>32</sup> Frauen und Mädchen sowie LSBTI\* Personen sind unverhältnismäßig stark von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen, doch auch Männer und Jungen sind dieser ausgesetzt. Auch Gewalt gegen trans\* Menschen ist sehr häufig geschlechtsspezifisch, entweder wenn die Person auf Grund des Trans\*seins Gewalt erfährt oder wenn sie als Frau oder Mann Gewalt erlebt.<sup>33</sup>

### Zwangsheirat

Zwangsverheiratung liegt dann vor, wenn mindestens einer der Eheleute durch die Ausübung von Gewalt oder durch Drohungen zum Eingehen einer formellen oder informellen (also durch eine religiöse oder soziale Zeremonie geschlossenen) Ehe gezwungen wird. Eine mögliche Weigerung einer der Ehepartner:innen hat entweder kein Gehör gefunden oder der:die Betroffene hat es nicht gewagt, sich zu widersetzen. Auch die Bedrohung der Betroffenen mit existentiellen finanziellen oder ausländerrechtlichen Konsequenzen kann zu einer Zwangsverheiratung führen.<sup>34</sup>

### Nachstellung/‘Stalking’

Nachstellung/‘Stalking’ beschreibt das vorsätzliche und beharrliche Nachstellen und Belästigen einer anderen Person in einer Weise, die geeignet ist, deren Lebensführung schwerwiegend zu beeinträchtigen.

Die Stalker:innen suchen den Kontakt zu den Opfern oft über einen längeren Zeitraum, auch wenn diese durchgängig und eindeutig den Kontakt ablehnen. Betroffene werden belästigt, verfolgt, bedroht, genötigt und auch erpresst. Zu den Belästigungen gehören unter anderem das Nachlaufen, die ständige Präsenz in der Nähe des Opfers (z. B. zu Hause oder am Arbeitsplatz), Telefonanrufe zu allen Zeiten, massenhaftes Zusenden von Briefen, SMS, E-Mails, Einträge in Internetforen, Veröffentlichen privater Informationen über eine Person, das Eindringen in die Wohnung, die Beschädigung von Eigentum, das Hinterlassen ekelerregender Spuren, Drohungen und körperliche Angriffe.<sup>35</sup>

### Weibliche Genitalverstümmelung

Alle Verfahren, welche die teilweise oder vollständige Entfernung der äußeren Genitalien oder andere Verletzungen der weiblichen Genitalorgane zum Ziel haben, ob aus kulturellen oder anderen nicht-therapeutischen Gründen.<sup>36</sup>

### Gewalt unter Kindern

Hierzu zählen physische, psychische (oft in Form von Mobbing) und sexuelle Gewaltanwendungen, die von Kindern oder von Gruppen von Kindern an anderen Kindern verübt werden. Sie stellen nicht nur eine momentane Verletzung der körperlichen und seelischen Integrität und eine Beeinträchtigung des Wohles des kindlichen Opfers dar, sondern haben häufig mittelfristige oder gar langfristige schädigende Auswirkungen auf dessen persönliche Entwicklung, Bildung und soziale Integration. Auch gewalttätige Handlungen von Jugendbanden fordern einen hohen Preis von Kindern, und zwar von den Opfern und von den Täter:innen. Bei Gewalt unter Kindern sind Kinder die Täter:innen, aber die für sie verantwortlichen Erwachsenen spielen eine entscheidende Rolle bei den Bestrebungen, eine angemessene Reaktion auf die Gewalttat zu finden, Gewalt zu verhindern und sicherzustellen, dass die Folgemaßnahmen die Gewalt nicht verschärfen (z. B. indem ein strafender Ansatz gewählt oder Gewalt mit Gewalt beantwortet wird).<sup>37</sup>

32. Vgl. Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, Bereich für humanitäre Angelegenheiten 2006 – Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt in humanitären Katastrophen.

33. Vgl. <http://transrespect.org/en/research/trans-murder-monitoring/>, Stand: 29.05.2017.

34. Vgl. <https://www.frauenrechte.de/unsere-arbeit/themen/gewalt-im-namen-der-ehre/begriffsdefinition>, Stand: 22.5.2017.

35. Vgl. <https://www.frauenhauskoordinierung.de/themenportal/gewalt-gegen-frauen/gewaltformen/stalking/>, Stand: 22.5.2017.

36. WHO, UNICEF, UNFPA (1997). Weibliche Genitalverstümmelung. Eine gemeinsame Erklärung - WHO / UNICEF / UNFPA. Genf, Weltgesundheitsorganisation.

37. Fachausschuss für die Rechte des Kindes, Allgemeine Bemerkung Nr. 13, Das Recht des Kindes auf Schutz vor allen Formen der Gewalt, Absatz 27, 2011.38

### Menschenhandel

Menschenhandel bezeichnet die Anwerbung, Beförderung, Verbringung, Beherbergung oder Aufnahme von Personen mit dem Ziel der Ausbeutung. Der Definition nach muss dabei ein Zwangsmittel angewandt werden. Dies beinhaltet z. B. die Androhung oder Anwendung von Gewalt oder anderen Formen der Nötigung. Auch erfasst sind Fälle, in denen die betroffenen Personen u. a. durch Entführung, Betrug, Täuschung, Missbrauch von Macht oder Ausnutzung besonderer Hilflosigkeit in die Ausbeutungssituation gebracht werden. Bei Personen unter 18 Jahren ist kein Zwangsmittel notwendig. Ausbeutung umfasst die Ausnutzung der Prostitution anderer oder andere Formen sexueller Ausbeutung, Zwangsarbeit und sklavereiähnliche Praktiken, Bettelei sowie erzwungene Straftaten, Leibeigenschaft oder die Entnahme von Organen.<sup>38</sup>

38. Vgl. Zusatzprotokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels (Palermo-Protokoll), insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, Artikel 3, verabschiedet 2000, in Kraft getreten 2003.

## Übersicht von Beratungsstellen in der Stadt Hildesheim

Diese Übersicht hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Weitere Beratungsstellen in der Stadt Hildesheim sind über die herkömmlichen Wege zu finden.

### 1. Erste Hilfe

#### **Kinder- und Jugendschutz:**

In Notfällen erreichen Sie die Rufbereitschaft des Jugendamtes über die Polizei 110 und über die Rettungsleitstelle unter **05121/301 2222**.

Die Rufbereitschaft ist an Wochenenden und Feiertagen rund um die Uhr erreichbar sowie unter der Woche an folgenden Zeiten im Einsatz: Montag - Donnerstag ab 16:30 Uhr und Freitag ab 12:30 Uhr.

#### **Akute psychische Belastung (Suizid, starke Depression etc):**

AMEOS Klinikum über die Telefonnummer: **112**

**Akute Gewalt** über die Telefonnummer: **110**

**Körperliche 1. Hilfe** über die Telefonnummer: **112**

### 2. Beratung und Schutz vulnerabler Personen

#### **Kinder- und Jugendschutz:**

#### **Landkreis Hildesheim, Amt 406 – Jugendamt-Erziehungshilfe**

##### **Fachstelle Kinderschutz**

Sie machen sich Sorgen um ein Kind? Sie benötigen fachliche Beratung zur Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung? Es gibt oft Unsicherheiten und Unklarheiten im Umgang mit einer Kindeswohlgefährdung. Lassen Sie sich bei der Fachstelle Kinderschutz zum weiteren Vorgehen beraten.

Telefon: 05121 309 6201 und 05121 309 6654

E-Mail: [kinderschutz@landkreishildesheim.de](mailto:kinderschutz@landkreishildesheim.de)

#### **Jugendberatung / Stadt Hildesheim**

Die Jugendberatung der Stadt Hildesheim ist eine Anlaufstelle für junge Menschen, die aufgrund unterschiedlichster Problemlagen einer Unterstützung bedürfen. Es können sowohl einmalige Beratungsauskünfte, als auch langfristige Hilfsangebote initiiert werden. Die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Fachkräften sind ein fester Bestandteil der Jugendberatung. Während des Beratungsprozesses können je nach Bedarf Familienangehörige, Freundinnen/Freunde oder Fachkräfte mit einbezogen werden. Das Angebot der Jugendberatung richtet sich an junge Menschen im Alter zwischen 14 und 26 Jahren, die ihren Wohnsitz in Hildesheim haben. Die Beratung basiert auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und unterliegt der Schweigepflicht, d.h. Gesprächsinhalte dürfen nur mit der Einwilligung des/der Ratsuchenden weitergegeben werden.

Hoher Weg 9/10, 31134 Hildesheim

Telefon: 05121 301-4520

E-Mail: [a.boettcher@stadt-hildesheim.de](mailto:a.boettcher@stadt-hildesheim.de)

#### **Sorgentelefon Hildesheim e.V. / Kinder- und Jugendtelefon**

Ein kostenloses Beratungsangebot für Kinder und Jugendliche in Not-, Krisen- und Problemsituationen.

Eine "Erste Hilfe" zum Gespräch und gemeinsame Suche nach Lösungsansätzen. Ein anonymes Angebot, bei dem die Berater\*innen der Schweigepflicht unterliegen

Kostenlos unter der Nummer 0800 110 0 333

Telefonzeiten: Montag bis Samstag 14.00 - 20.00 Uhr

### **NOVA**

Unabhängige Ombudsstelle in der Kinder- und Jugendhilfe Hildesheim e.V.  
Kinder, Jugendliche und Erwachsene erhalten Beratung und Begleitung auf ihrem Weg durch die Kinder- und Jugendhilfe. Wenn Fragen und Wünsche aufkommen oder wenn es holprig wird. NOVA begleitet bei Problemen mit dem Jugendamt, der Familienhilfe, der Kita oder dem Vormund.  
Bischofskamp 26, 31134 Hildesheim  
Telefon: 05121 / 282 44 27  
E-Mail: [kontakt@ombudsstelle-hildesheim.de](mailto:kontakt@ombudsstelle-hildesheim.de)

### **Anlaufstellen für Frauen:**

#### **Hilfetelefon – Gewalt gegen Frauen**

Es können mehrsprachige Beraterinnen rund um die Uhr erreicht werden. Die Beratung erfolgt anonym und kostenfrei und bei Bedarf unter Hinzuziehung eines Dolmetscherdienstes, der Beratungsgespräche in 15 Sprachen übersetzt.  
Telefon: 0800 1160116

#### **Frauenhaus Hildesheim e.V.**

Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder. Kontakt erfolgt im Krisenfall über die Polizei.  
Bahnhofsallee 25, 31134 Hildesheim  
Telefon: 05121 / 1 55 44  
E-Mail: [kontakt@frauenhaus-hildesheim.de](mailto:kontakt@frauenhaus-hildesheim.de)

BISS – Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt  
Bahnhofsallee 25, 31134 Hildesheim  
Telefon: 05121 / 28 60 81  
E-Mail: [kontakt@frauenhaus-hildesheim.de](mailto:kontakt@frauenhaus-hildesheim.de)

#### **Wildrose - Beratungsstelle gegen sexuelle Gewalt e.V.**

Wildrose bietet Beratung für Frauen, Jugendliche und Kinder, die sexualisierte Gewalt erleben oder erlebt haben. Auch Personen, die Betroffene unterstützen wollen oder Fragen zum Thema haben, können sich an die Beratungsstelle wenden.  
Andreasplatz 5, 31134 Hildesheim  
Telefon: 0 51 21 / 40 20 06  
E-Mail: [Beratungsstelle-Wildrose@web.de](mailto:Beratungsstelle-Wildrose@web.de)

### **Anlaufstellen für die Personengruppe LGBTQ+:**

#### **AIDS-Hilfe Hildesheim e.V.**

Die Hildesheimer AIDS-Hilfe begleitet LGBTQ+-Personen bei Diskriminierungen oder Problem in Hinblick auf ihre sexuelle Identität oder ihre Sexualität.  
Bernwardstraße 3, 31134 Hildesheim  
Telefon: 05121 / 13 31 27  
E-Mail: [info@hildesheimer-aids-hilfe.de](mailto:info@hildesheimer-aids-hilfe.de)

#### **Queerbeet Hildesheim e.V.**

Queerbeet e.V. ist ein Zusammenschluss von queeren Ehrenamtlichen, die sich für die Sichtbarkeit von queeren Lebensformen in Hildesheim einsetzt.  
Amalie-Siebeking-Straße 19, 31141 Hildesheim  
Telefon: 015253751633  
E-Mail: [info@queerbeet-hildesheim.d](mailto:info@queerbeet-hildesheim.d)

**Menschen mit Behinderung:****NTFN - Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge in Niedersachsen e.V.**

Verbindung medizinischer, psychologischer, sozialpädagogischer und rechtlicher Unterstützung von Geflüchteten. Es gibt auch Kinder- und Jugendsprechstunden und Telefonsprechstunden für pädagogische Fachkräfte.

Marienstraße 28, 30171 Hannover

Telefon: 0511 / 8564450

E-Mail: [info@ntfn.de](mailto:info@ntfn.de)

**EUTB – Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung für Stadt und Landkreis Hildesheim e.V.**

Die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB®) unterstützt Menschen mit Beeinträchtigung bei Fragen zur gesellschaftlichen Teilhabe. Zum Beispiel bei Fragen haben zur Assistenz, zu Hilfsmitteln oder wenn Sie wissen wollen, was ein Teilhabeplan ist.

Osterstraße 6, 31134 Hildesheim

Telefon: 05121 / 2 82 09 41

E-Mail: [info@teilhabeberatung-hildesheim.de](mailto:info@teilhabeberatung-hildesheim.de)

**Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung der Stadt Hildesheim**

Die Mitarbeiter\*innen des Bereichs Teilhabe und Rehabilitation beraten in Bezug auf Fragen zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Für die Leistungen der Eingliederungshilfe ist eine Antragsstellung beim Bereich Teilhabe und Rehabilitation Voraussetzung.

Hannoversche Straße 6

Telefon: 05121 301 4343.

E-Mail: [eingliederungshilfe@stadt-hildesheim.de](mailto:eingliederungshilfe@stadt-hildesheim.de)

**Sozialpsychiatrischer Dienst**

Der Sozialpsychiatrische Dienst berät und unterstützt erwachsene Menschen mit psychischen Störungen und deren Angehörige. Alle Mitarbeiter\*innen unterliegen der Schweigepflicht. Die Angebote sind kostenlos

Schützenallee 35 – 37, 31134 Hildesheim

Telefon: 05121 309 -7375

E-Mail: [sozialpsychiatrischerdienst@landkreishildesheim.de](mailto:sozialpsychiatrischerdienst@landkreishildesheim.de)

**3. Weitere Beratungsstellen****Schwangerenberatung / Schwangerenkonfliktberatung:****AWO**

Osterstraße 39A, 31134 Hildesheim

Tel.: 0 51 21 / 1 79 00 – 15

E-Mail: [schwangerenberatung@awo-hi.de](mailto:schwangerenberatung@awo-hi.de)

**Diakonisches Werk**

Klosterstr. 6, 31134 Hildesheim

Tel. 05121/1675-0

E-Mail: [dw.hildesheim@evlka.de](mailto:dw.hildesheim@evlka.de)

**Donum vitae**

Goslarsche Str. 19, 31134 Hildesheim

Tel 0 51 21-99 85 65/67

[hildesheim@donumvitae.org](mailto:hildesheim@donumvitae.org)

**Gesundheit:**

**AIDS-Hilfe Hildesheim e.V.**

Die Hildesheimer AIDS-Hilfe e.V., ist ein gemeinnütziger Verein mit dem Ziel, der Ausbreitung der Infektion mit HIV und einer möglichen Erkrankung mit Aids entgegen zu wirken sowie infizierte und erkrankte Menschen und ihre Angehörigen zu beraten und zu betreuen.

Bernwardstraße 3, 31134 Hildesheim

Tel.: 05121 / 13 31 27

E-Mail: [info@hildesheimer-aids-hilfe.de](mailto:info@hildesheimer-aids-hilfe.de)

**Aids- und Sexualberatungsstelle des Landkreises Hildesheim**

Das Team der Aids- und Sexualberatungsstelle berät alle Personen anonym und kostenlos zu Fragen zu Sexualität, Safer Sex, Benutzung von Kondomen sowie zu Übertragungswegen und Schutzmöglichkeiten vor einer Infektion mit dem Humanen Immundefizienz-Virus (HIV), dem Acquired Immune Deficiency Syndrome (AIDS) und weiteren sexuell übertragbaren Infektionen.

Ludolfinger Straße 2, 31135 Hildesheim

Tel: 05121 / 309 – 71 71

E-Mail: [heide-marie.scheffel@landkreishildesheim.de](mailto:heide-marie.scheffel@landkreishildesheim.de)

**AWO – Psychosoziale Beratungsstelle für Krebskranke und deren Angehörige**

Osterstraße 39A, 31134 Hildesheim

Telefon: 05121 / 1 79 00-00

E-Mail: [Krebsnachsorge@awo-hi.de](mailto:Krebsnachsorge@awo-hi.de)

**Verein für Suizidprävention e.V.**

Schwemannstraße 2

31134 Hildesheim

Telefon 05121-51 62 86

E-Mail: [buero@suizidpraevention-hildesheim.de](mailto:buero@suizidpraevention-hildesheim.de)

**Migrationsberatungen**

**Asyl e.V.**

Migrationsberatung und Flüchtlingssozialarbeit

Katharinenstraße 13, 31135 Hildesheim

Telefon: 05121 - 13 28 20

E-Mail: [info@asyl-ev.de](mailto:info@asyl-ev.de)

**AWO**

Das Interkulturelle Beratungs- und Begegnungszentrum (IBBZ) der AWO Hildesheim, berät Migrant\*innen und Geflüchtete in vielfältigen Situationen und leistet Hilfestellungen in unterschiedlichsten Themenbereichen.

Jugendmigrationsberatung / Migrationsberatung für Erwachsene / Rückkehrberatung

Osterstraße 7-9, 31134 Hildesheim

Telefon: 05121 / 179 00 -21

E-Mail: [h.guercan@awo-hi.de](mailto:h.guercan@awo-hi.de)

**Caritas**

Pfaffenstieg 12, 31134 Hildesheim

Telefon: 0 51 21 / 16 77 238

E-Mail: [migrationsberatung@caritas-hildesheim.de](mailto:migrationsberatung@caritas-hildesheim.de)

**Diakonisches Werk**

Langer Hagen 36, 31134 Hildesheim  
Tel.: 05121-16750  
Mobil: 0159-06457359  
E-Mail: [elena.vogel@evlka.de](mailto:elena.vogel@evlka.de)

**Schuldnerberatung:**

**AWO – Schuldnerberatung**

Osterstraße 39a, 31134 Hildesheim  
Telefon: 05121 / 1 79 99-19  
[schuldnerberatung@awo-hi.de](mailto:schuldnerberatung@awo-hi.de)

**Caritas - Schuldnerberatung**

Pfaffenstieg 12, 31134 Hildesheim  
Telefon: 05121 / 16 77 238  
E-Mail: [schuldnerberatung@caritas-hildesheim.de](mailto:schuldnerberatung@caritas-hildesheim.de)

**Diakonisches Werk – Schuldnerberatung**

Klosterstraße 6, 31134 Hildesheim  
Telefon: 05121 / 16 75-13  
E-Mail: [dieter.hohmann@evlka.de](mailto:dieter.hohmann@evlka.de)

**Stiftung Solvent**

Goslarsche Straße 19, 31134 Hildesheim  
Telefon: 05121 / 28 19 930 oder 28 19 940  
E-Mail: [golla@stiftung-solvent.de](mailto:golla@stiftung-solvent.de) oder [ludwig@stiftung-solvent.de](mailto:ludwig@stiftung-solvent.de)

**Jugendhilfe Bockenem**

Osterstraße 51A, 31134 Hildesheim  
Telefon: 0 50 67 / 9 94-27  
E-Mail: [schuldnerberatung@jugendhilfe-bockenem.de](mailto:schuldnerberatung@jugendhilfe-bockenem.de)  
Mittwochs: 14:00 – 16:00 Uhr

**Suchtberatung**

**Caritas – Suchtberatung**

Pfaffenstieg 12, 31134 Hildesheim  
Telefon: 05121 / 16 77 230  
[suchthilfe@caritas-hildesheim.de](mailto:suchthilfe@caritas-hildesheim.de)

**Drogenhilfe Hildesheim e.V.**

Jakobistraße 28, 31134 Hildesheim  
Telefon: 05121 / 6 96 05-10  
E-Mail: [beratung@drobs-hi.de](mailto:beratung@drobs-hi.de)

**4. Sonstige Angebote**

**Ponto Elternzentrum**

Zugewanderte und sozial benachteiligte Familien werden bei der Integration und gesellschaftlichen Teilhabe unterstützt. In den Bereichen Bildung, Erziehung, Gesundheit und Gewaltprävention beraten Stadtteilerlern und fungieren als Mittler:innen zu Behörden und Institutionen.

Peiner Straße 4, 31137 Hildesheim

Telefon: 05121 / 20 60 993

E-Mail: [haziri-dragaj@awo-hi.de](mailto:haziri-dragaj@awo-hi.de) oder [carolinwolpert@asyl-ev.de](mailto:carolinwolpert@asyl-ev.de)

#### **AWO Bazaro – Soziales Kaufhaus**

In der sozialen Einrichtung AWO Bazaro – Sozialer Marktplatz werden von Menschen aus der Umgebung gespendete Möbel, Kleidung und elektronische Geräte fachgerecht aufbereitet und zum Erwerb im hauseigenen Shop angeboten. Bürgerinnen und Bürger im Leistungsbezug können von ihnen benötigte Güter im BAZARO erhalten. Dies schließt vor allem die Bezieher\*innen von Bafög, Arbeitslosengeld I und II, Rente, Grundsicherung, Hilfe zum Lebensunterhalt und Eingliederungshilfe ein, aber auch Alleinerziehende und Menschen mit geringem Einkommen können sich (bei Vorlage entsprechender Nachweise) eine Kundenkarte anlegen lassen.

Cheruskerring 47, 31137 Hildesheim

Tel. 0 51 21 / 281 281 – 1

#### **5. Weitere niedersächsische Beratungsstellen online**

**Flyer und Broschüren des Netzwerks für traumatisierte Flüchtlinge in Nds. e.V.**

<https://www.ntfn.de/flyer-und-broschuren-des-ntfn/>

#### **6. Beschwerdestelle Stadt Hildesheim:**

Zeinab Marji - Gewaltschutzbeauftragte

Hannoversche Straße 6, 31134 Hildesheim

Telefon: 05121 301-4278, 01749734547

E-Mail: [z.marji@stadt-hildesheim.de](mailto:z.marji@stadt-hildesheim.de)

#### **Weiterführende Links**

##### **Risikoanalyse**

Die Bundesinitiative "Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften" stellt auf ihrer Homepage einen Leitfaden zur Umsetzung einer Risikoanalyse in Gemeinschaftsunterkünften bereit.

Link: [https://www.gewaltschutz-gu.de/fileadmin/user\\_upload/PDFs\\_\\_Publikationen\\_/Schutzkonzept\\_eineOrientierung\\_170307.pdf](https://www.gewaltschutz-gu.de/fileadmin/user_upload/PDFs__Publikationen_/Schutzkonzept_eineOrientierung_170307.pdf)  
[Stand: 31.05.2023]

##### **Anbieter von Schulungen**

Die Diakonie Oldenburg bietet fortlaufend Schulungen und Fortbildungen zum Thema Gewaltschutz in Unterkünften an. Diese sind zum Großteil kostenfrei.

Link: <https://www.diakonie-os.de/angebote/fluechtlingsarbeit-migration/gewaltschutz.html> [Stand: 31.05.2023]

##### **Kinderschutz**

Das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung bietet unterschiedliche Ratgeber und Veranstaltungen zum Thema Kinderschutz an.

Link: <https://www.kinderschutz-niedersachsen.de/> [Stand: 31.05.2023]



## **Checkliste zur Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung**

Was habe ich wahrgenommen – beim Kind?	Ja	Nein	Evtl.	Datum
<b>Äußerlich festgestellt:</b> <b>Verletzungen</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>am Mund/Zähnen, Hautabschürfungen am Hals, Verbrennungen, Brandwunden und Narben (Bsp. Zigaretten)....</li> </ul>				
<b>Vernachlässigung</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>mangelnde Körperpflege/Zahnhygiene des Kindes</li> <li>empfohlene Arztbesuche/Behandlungen/Therapien werden nicht durchgeführt</li> <li>häufiger Arzt- und/oder Krankenhauswechsel</li> <li>Krankheiten/Entwicklungsstörungen werden nicht erkannt/beachtet</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Witterungs- und entwicklungsunangemessene Kleidung bzw. schmutzige/kaputte Kleidung</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Kind ist oft unbeaufsichtigt</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Sonstiges:</li> </ul>				
<b>Verhalten des Kindes</b>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Eindeutige Äußerungen des Kindes bzw. Kind äußert sich gar nicht</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Aggressives Verhalten im Spiel</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Kind wirkt teilnahmslos / „wie erstarrt“</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Auffällige Sprachentwicklung</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Auffälliges Spielverhalten</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Einkoten/ Einnässen</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Sonstiges:</li> </ul>				

<b>Kindeswohlgefährdung erkennen – durch einen <i>Blick auf die Eltern:</i></b>				
• Eltern sind aufgrund der eigenen Beeinträchtigung (Trauma/Krankheit) in ihrer Wahrnehmung getrübt				
• Eltern sind in ihrer Verantwortungsfähigkeit eingeschränkt				
• Mangelnde Problemeinsicht/Fürsorge				
• Mangelnde Wertschätzung gegenüber dem Kind				
• Desinteresse/Aggressivität				
• Gewaltanwendung gegenüber dem Kind				
• Verdacht auf psychische Erkrankung/Suchterkrankung (eines) der Eltern				
• Sonstiges:				
<b>Kindeswohlgefährdung erkennen - durch einen <i>Blick auf die familiäre Situation:</i></b>				
• Alleinreisender Elternteil				
• Minderjährige Mutter				
• Keine Privatsphäre				
• Überforderung				
• Schnelle Geburtenfolge/kurze Abstände zwischen den Schwangerschaften				
• Sonstiges				

## **Checkliste zur Einschätzung einer Gefährdung bei Erwachsenen**

Was habe ich <b>wahrgenommen</b> – beim <b>Bewohner/Bewohnerin</b> ?	Ja	Nein	Evtl.	Datum
<b>Verletzungen</b>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>am Mund/Zähnen, Hautabschürfungen am Hals, Verbrennungen, Brandwunden und Narben (Bsp. Zigaretten)....</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>häufiger Arzt- und/oder Krankenhauswechsel</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Witterungs- und unangemessene Kleidung bzw. schmutzige/kaputte Kleidung</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Zwangs-Isolation (als Form von sozialer Gewalt durch andere)</li> <li>Kontaktverbot</li> <li>Einsperren in der Wohnung/Zimmer</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Desinteresse/Aggressivität</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Verdacht auf psychische Erkrankung/Suchterkrankung des Bewohners/Bewohnerin als Folge von Gewalterfahrung</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Erlebte bzw. erzählte Drohungen, Nötigungen und Angstmachen (verbalisierte Gewaltandrohung – auch damit, eine andere Person/Haustür zu töten)</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>„Erpressung“ – finanziell und moralisch</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>„Opferrolle“ durch Beschimpfungen, Abwertungen Lächerlichmachen in der Öffentlichkeit</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Belästigung/Terror = Stalking, ständige Anrufe</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Sexualisierte Gewalt (gegen den eigenen Willen zu sexuellen Handlungen gezwungen werden, Übergriffe....)</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>Sonstiges:</li> </ul>				

<b><i>Verhalten des Bewohners/Bewohnerin</i></b>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Eindeutige Äußerungen der Person bzw. sie äußert sich gar nicht „zu diesem Thema“</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aggressives Verhalten</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Person wirkt teilnahmslos / „wie erstarrt“</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Auffälliges Sozial- oder Sprachverhalten</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verstecktes Suchtverhalten – „Heimlich“</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Scham- und Schuldgefühle bei einem Bewohner*in</li> <li>• Selbst herbeigeführte Isolation</li> </ul>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sonstiges:</li> </ul>				

# Risikoanalyse – eine Orientierung

## Was ist eine Risikoanalyse?

Dem Schutzkonzept liegt eine einrichtungsinterne, partizipative Risikoanalyse zugrunde, die **geschlechts- und altersspezifische Risiken** einbezieht. Bei einer Risikoanalyse werden a) bestehende Risiken für Kinder, Jugendliche und Frauen und andere schutzbedürftige Menschen in der Einrichtung identifiziert, sowie b) die Wahrscheinlichkeit, dass sie eintreffen, und c) die Auswirkung auf die betroffenen Personen. Die Risikoanalyse bietet die Basis, auf der **gezielte Handlungsansätze zur Risikoverminderung und zum Risikomanagement** entwickelt werden. Dadurch werden bestehende Risiken für Kinder, Jugendliche und Frauen in der Einrichtung verringert.

## Wer muss beteiligt werden?

Mitarbeiter/-innen und eine Auswahl von Bewohner/-innen müssen in die Risikoanalyse einbezogen werden. Sie gestalten diese aktiv mit und werden zu Teilhaber/-innen.

Dies bedeutet konkret, dass die Risikoanalyse in Absprache mit Vertretern aller Mitarbeiterbereiche entwickelt werden muss:

- Leitung
- sozialpädagogische und erzieherische Betreuung
- psychosoziale Beratung und Sozialberatung
- medizinische Versorgung
- Asylverfahrensberatung
- Dolmetscher/-innen und Dolmetscherdienste
- Wach-, Brandschutz- und Sicherheitsdienstleistungen
- Hausmeisterservice
- Versorgungs- und Cateringservice
- ehrenamtliche Helfer/-innen

Darüber hinaus muss eine für die Einrichtung repräsentative Auswahl von Bewohnern/-innen **aller Altersgruppen** und Hintergründe beteiligt werden:

- Mädchen und Junge aller Altersgruppen
- Frauen und Männer
- unterschiedliche Ethnien, Nationalitäten, Religionen etc
- Schutzbedürftige Gruppen: Menschen mit Behinderungen, LSBTIQ-Personen etc.

Ethische Aspekte müssen in der Beteiligung von Bewohner/-innen, insbesondere von Kindern, beachtet werden. Dies gilt für die Vorbereitung ihrer Beteiligung, sowie ihre eigentliche Einbeziehung. Einer der wichtigsten Grundsätze hierbei lautet, dass den geflüchteten Menschen durch ihre Beteiligung an der Risikoanalyse kein (weiterer) Schaden zugefügt werden darf. Bei der Beteiligung von Kindern an der Risikoanalyse sollte daher bspw. der Leitfaden des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR) *ABC der Kinderrechte: E wie Erhebungen mit Kindern - Beteiligung von Kindern in der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit - bei Planung, Monitoring und Evaluierung* befolgt werden.

Gegebenenfalls sollte auch die Expertise externer Partner eingeholt werden (beispielsweise Organisationen von Menschen mit Behinderungen, LSBTIQ-Organisationen etc.). Sie sollten unter anderem helfen, Beteiligungsmöglichkeiten zu identifizieren.

## Was muss gemacht werden?

Die Risikoanalyse benötigt eine/n Verantwortliche/n, und sollte durch eine Kombination von partizipativen Ansätzen durchgeführt werden: Fokusgruppengespräche, bilaterale Gespräche, Diskussionen mit verschiedenen Akteuren, interne Diskussionen, Malen und Zeichnen mit Kindern usw. Es ist wichtig, dass Individuen so wie Gruppen beteiligt sind, Risiken zu identifizieren und zu evaluieren. Ideal wäre die Erstellung einer Arbeitsgruppe, welche die Risikoanalyse zusammen durchführt. Unabhängig vom Ansatz der genutzt wird, sollten alle Teilnehmer adäquat über die Ergebnisse der Risikoanalyse und die weiteren Schritte informiert werden.

## Was wird mit diesen Informationen gemacht?

Die Ergebnisse werden in einem Risikomanagementplan zusammengefasst. In diesem Plan werden die Risiken, die entsprechenden Präventions- und Verhinderungsmaßnahmen, sowie die Verantwortlichkeit, Ressourcen und der Zeitplan für die Umsetzung der Maßnahmen erfasst.

Die Risikoanalyse sollte regelmäßig wiederholt werden und muss in das Qualitätsmanagement der Einrichtung mit aufgenommen werden.

## Risikoanalyse Schritt-für-Schritt

S. 1

## 1 Risikobestandsaufnahme

Identifizieren Sie die Risiken, sowie schützende Faktoren, für Kinder, Jugendliche, Frauen und andere schutzbedürftige Gruppen in allen Bereichen der Einrichtung. Stellen Sie sicher, dass Sie so viele Mitarbeiter/-innen und Bewohner/-innen wie möglich in den Prozess der Risikoanalyse miteinbeziehen, einschließlich Kinder und Jugendlicher (im Idealfall im Rahmen einer Arbeitsgruppe). Dies ist notwendig, weil unterschiedliche Menschen, mit unterschiedlichen Aufgaben innerhalb der Einrichtung, unterschiedliche Wahrnehmungen von Risiken haben. So könnte es beispielsweise sein, dass Mitarbeiter/-innen im Bereich Personalmanagement besorgt über die mangelnde Überprüfung Ehrenamtlicher sind, während ein/e Sozialarbeiter/-in sich um das mangelnde Angebot an psychosozialer Unterstützung für Eltern sorgt, während ein Kind, das in der Einrichtung wohnt, seine Angst vor dem Securitypersonal hervorhebt.

Identifizieren Sie die Ihnen bekannten potentiellen und bereits existierenden Risiken für die folgenden Zielgruppen. Berücksichtigen Sie dabei die für die Zielgruppen individuell bestehenden Risiken. Risiken, die alle Zielgruppen im gleichen Maße betreffen, können unter *Allgemein* eingeordnet werden. **Die folgenden Zielgruppen sind beispielhaft.** Je nach der Situation in Ihrer Einrichtung, können weitere/andere Zielgruppen identifiziert werden.

### Beispiel Zielgruppen:

allgemein; Kinder von 0–3 Jahre; Kinder von 3–6 Jahre; Kinder von 6–10 Jahre; Kinder von 10–14 Jahre; Kinder von 14–18 Jahre; alleinreisende Frauen mit Kindern; alleinreisende Männer mit Kindern; Junge Frauen: 18–24 Jahre; Frauen: 24–49; Frauen: 49–60; Frauen: 60+; Andere schutzbedürftige Bewohner/-innen: Menschen mit Behinderungen, LSBTIQ-Personen, religiöse Minderheiten, ethnische Minderheiten etc.

**Ergänzen Sie das jeweilige Risiko mit dem Symbol**

♂ oder ♀, wenn eine geschlechtsspezifische Unterscheidung notwendig scheint.

Gruppieren Sie die Risiken nach konkreten Bereichen wo diese entstehen/bestehen könnten. **Die unten genannten Risikobereiche sind beispielhaft.** Sie können individuell für Ihre Einrichtungen weitere/andere Bereiche identifizieren.

### Beispiel Risikobereiche:

- **Personal:** Mitarbeiter/-innen, Dienstleister/-innen, ehrenamtlich Tätige (z. B. mangelhafte Personalauswahl, mangelndes Training im Umgang mit Kindern, keine Supervision etc.) (Mindeststandard 2)
- **privates Umfeld der Bewohner/-innen:** Familienmitglieder; Bewohner/-innen (Kinder und Erwachsene); Besucher/-innen (Kinder und Erwachsene) etc. (Mindeststandards 3, 4)
- **Dienstleistungen und Aktivitäten die von der Einrichtung angeboten werden:** z. B. Kantine, Kinderfreundliche Räume, Ausflüge, Kursangebot, externes Kursangebot etc. (Mindeststandards 3, 5)
- **Physisches Umfeld der Einrichtung:** bauliche Gegebenheiten, Risikozeiten (Nacht, Feiertage, Ferientage etc.), Brandschutz etc. (Mindeststandard 5)
- **Dokumentation und Datenschutz seitens der Einrichtung:** z. B. Speicherung persönlicher Daten von Kindern, Jugendlichen und Frauen; Fallmanagement; etc. (Mindeststandard 2, 3, 4, 6)
- **Organisationskultur:** Entscheidungsstrukturen, Hierarchien, Kommunikation, Intervention bei Fehlverhalten etc. (Mindeststandard 2, 4, 6)

S. 2

Dieser Prozess hilft, die Risiken systematisch zu analysieren, und zu identifizieren, wer hauptverantwortlich ist.

Beispiel: Zielgruppen, Risikobereiche

<b>Zielgruppe</b> Für die Zielgruppen Kinder und andere Schutzbedürftige Bewohner/-innen: ergänzen Sie das Risiko mit dem Symbol ♂ oder ♀, wenn eine geschlechtsspezifische Unterscheidung notwendig ist.	<b>Risikobereich 1</b> Personal	<b>Risikobereich 2</b> Privates Umfeld	<b>Risikobereich 3</b> Dienstleistungen und Aktivitäten	<b>Risikobereich 4</b> Physisches Umfeld	<b>Risikobereich 5</b> Dokumentation und Datenschutz	<b>Risikobereich 6</b> Organisationskultur
allgemein						
Kinder 0 – 3						
Kinder 3 – 6						
Kinder 6 – 10						
Kinder 10 – 14						
Kinder 14 – 18						
alleinreisende Frauen mit Kindern						
alleinreisende Männer mit Kindern						
junge Frauen: 18 – 24 Jahre						
Frauen: 24 – 49 Jahre						
Frauen: 49 – 60 Jahre						
Frauen: 60 + Jahre						
andere schutzbedürftige Bewohner/-innen: <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Menschen mit Behinderungen</li> <li>▪ LSBTIQ-Personen</li> <li>▪ religiöse Minderheiten</li> <li>▪ ethnische Minderheiten</li> <li>▪ etc.</li> </ul>						

## 2 Priorisierung der Risiken

Jedes Risiko hat eine unterschiedlich hohe Relevanz und Wahrscheinlichkeit.

Ordnen Sie die Risiken nach niedrigem, mittlerem oder hohem Risiko mit Hilfe der folgenden Leitfragen:

- **1.** Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Risiko eintritt?
- **2.** Was/wie schlimm wäre die Auswirkung auf die betroffene Person? (Diese Frage ist relevanter als die erste Frage)

Orientieren Sie Ihre Einschätzung dabei an folgenden Aspekten:

Risikostufe	Wahrscheinlichkeit, mit der das Risiko eintritt	Auswirkung auf die betroffene Person
<b>1</b> niedrig	gering	gering
<b>2</b> mittel	hoch	gering
<b>2</b> mittel	gering	hoch
<b>3</b> hoch	hoch	hoch

Stufen Sie die Risiken von niedrig, über mittel, bis hoch ein. Es ist wichtig, dass es hinsichtlich der Priorisierung bei den an der Risikoanalyse Beteiligten einen Konsens gibt.

Risikobereich	niedriges Risiko	mittleres Risiko	hohes Risiko
Personal			
privates Umfeld der Bewohner/-innen			
Dienstleistungen und Aktivitäten			
physisches Umfeld			
Dokumentation und Datenschutz			
Organisationskultur			

S. 4

## 3 Erstellung eines Risikomanagementplans

### a Aktivitäten zur Risikominderung

Erarbeiten Sie für jedes Risiko Präventions- und Verminderungsmaßnahmen, indem Sie:

- vorhandene Arbeitsprozesse, Ressourcen und Abläufe der Einrichtung nutzen, und eventuell ergänzen, um effektiver zu sein
- neue Prozesse erarbeiten um festzustellen, ob es zusätzlicher Systeme und Praxishilfen bedarf, um gezielter und ressourcenschonender zu arbeiten.



Benennen Sie in der folgenden Tabelle die zu ergreifenden Maßnahmen bezüglich jedes Risikos. Diese können sich wiederholen und später zusammengeführt werden. Beginnen Sie mit den hohen Risiken, und arbeiten Sie sich über mittlere zu niedrigen Risiken vor.

Risiko	Bewertung	Verminderungsstrategie	Aktivität	Bis wann?	Ressourcen benötigt/vorhanden	Verantwortlichkeit

#### b Verantwortlichkeiten/Zeitplan/Ressourcen-Plan

Um die erarbeiteten Maßnahmen effektiv umsetzen zu können, ist es wichtig, dass alle Mitarbeiter/-innen wissen, wo ihre Verantwortung beginnt und wo sie endet.

Zudem bedarf es einer guten Teambetreuung durch die Leitung und die jeweiligen Vorgesetzten in den einzelnen Arbeitsbereichen. Auch ist ein realistischer Zeitplan für die vorgesehene Umsetzung neuer Arbeitsziele und Prozesse notwendig, der sich an den notwendigen Ressourcen orientiert und auf zusätzlichen Ressourcenbedarf aufmerksam macht.

Erarbeiten Sie mit Ihren Mitarbeitern/-innen zu den vorerst benannten Aktivitäten:

- wer trägt in der Einrichtung die Verantwortung für die Umsetzung dieser Aktivität?
- welche Ressourcen müssen für die Umsetzung der Maßnahme zusätzlich beschafft werden?
- den Zeitplan für die Umsetzung:
  - Ist die Maßnahme zeitnah, innerhalb der nächsten sechs Monate oder erst langfristig umsetzbar?
  - Bestimmen Sie ein konkretes Datum für die Umsetzung der Maßnahme.

S. 5

Risiko	Bewertung	Verminderungsstrategie	Aktivität	Bis wann?	Ressourcen benötigt/vorhanden	Verantwortlichkeit

#### 4 Kommunikation

Legen Sie fest, in welcher Form die Ergebnisse der Risikoanalyse – der Risikomanagementplan – kommuniziert werden. Wer erhält welche Informationen auf welchem Weg und in welcher Form? Alle Individuen, die an der Risikoanalyse beteiligt waren, sollten adäquat über die Ergebnisse der Risikoanalyse und die weiteren Schritte informiert werden.

# Hausordnung für die Übergangseinrichtungen für Flüchtlinge und Obdachlose in der Stadt Hildesheim

(Fassung vom 01.08.2023)



Stadt Hildesheim

## § 1 Allgemeines

Die Stadt Hildesheim unterhält Übergangseinrichtungen zur vorübergehenden Unterbringung von Flüchtlingen und Obdachlosen.

Die Hausordnung regelt das Zusammenleben aller Personen, nachstehend Bewohnende genannt, die in von der Stadt Hildesheim betriebenen Gemeinschaftsunterkünften und dezentralen Wohnungen, nachstehend Unterkünfte genannt, untergebracht sind.

Sie dient dem Schutz der Bewohnenden und soll ein friedliches Miteinander leben – unabhängig von Nationalität, Religion und Geschlecht – ermöglichen.

Die Übergangseinrichtungen sind gewaltfreie Orte. Jegliche Art von körperlicher, verbaler oder psychischer Gewalt sowie jede Form von Diskriminierung werden nicht toleriert.

## § 2 Hausrecht / Träger / Hausverwaltung

- (1) Träger der Gemeinschaftsunterkünfte und dezentralen Wohnungen, nachstehend Unterkünfte genannt, ist die Stadt Hildesheim, Fachbereich Soziales und Senioren, nachstehend Stadt genannt. Die Stadt ist Inhaberin des Hausrechts, welches sich auf die Gebäude und die Gelände der Unterkünfte erstreckt.
- (2) Die Ausübung des Hausrechts ist den Mitarbeitenden der Stadt Hildesheim und deren Beauftragten übertragen. In Ausübung des Hausrechts können diese insbesondere bei drohender Gefahr die Zimmer betreten, Ausweiskontrollen durchführen, Besucher der Unterkunft verweisen und Hausverbote erteilen.
- (3) Beauftragte sind die Betreiber der Unterkünfte und der dort eingesetzte Sicherheitsdienst, nachstehend Hausverwaltung genannt.

## § 3 Wohnen in der Unterkunft

- (1) Bewohnende der Unterkünfte sind Asylbewerber/innen und durch ihren Aufenthaltsstatus dazu berechnigte Personen, sowie wohnungslose und obdachlose Personen. Die Berechnigung zum Wohnen in einer städtischen Unterkunft wird durch Zuweisungsbescheid durch die Stadt erteilt.
- (2) Das Benutzungsverhältnis ist öffentlich-rechtlich. Niemand hat einen Rechtsanspruch darauf, in einer bestimmten Unterkunft oder in Räumen bestimmter Art und Größe untergebracht zu werden.

- (3) In den Unterkünften wird Familien oder Alleinstehenden gleichen Geschlechts angemessener Wohnraum zur Verfügung gestellt. Alleinstehende haben keinen Anspruch auf Zuweisung eines Einzelzimmers.
- (4) Den Bewohnenden können aus sachlichen Gründen jederzeit eine andere Unterkunft zugewiesen werden.
- (5) Das Recht für die Benutzung der Unterkunft kann widerrufen werden.
- (6) Bei Auszug aus der zugewiesenen Unterkunft haben die Bewohnenden sie besenrein zu säubern, empfangene Einrichtungsgegenstände in ordnungsgemäßen Zustand zurückzugeben und die persönlichen Dinge auszuräumen. Der leihweise überlassene Schlüssel ist bei Auszug bei der Hausverwaltung abzugeben.
- (7) Die zu einem Auszug berechtigten Bewohnenden sind verpflichtet, sich selbst laufend um eine andere Unterkunft zu bemühen und dieses gegenüber der Stadt nachzuweisen.

#### § 4

##### **Besuch in der Unterkunft**

- (1) Besuchende Personen, die Bewohnende persönlich kennen oder mit diesen verwandt oder verschwägert sind, dürfen sich von 08.00 Uhr bis 22.00 Uhr in der Unterkunft aufhalten. Die Besuchenden müssen sich bei der Hausverwaltung an- und abmelden und auf Verlangen ihren Ausweis vorzuzeigen.
- (2) Besuchende können durch die Hausverwaltung zum sofortigen Verlassen der Unterkunft aufgefordert werden, wenn sie sich nicht ausweisen können, sich unangemessen oder straffällig verhalten oder gegen die Hausordnung verstoßen.
- (3) Besuchende dürfen nicht in der Unterkunft nächtigen.

#### § 5

##### **Nutzung der Räumlichkeiten durch die Bewohnenden**

- (1) Die überlassenen Räume dürfen nur von den eingewiesenen Personen und nur zu Wohnzwecken benutzt werden.
- (2) Tierhaltung ist untersagt.
- (3) Die zugewiesenen Räume und das zur Verfügung gestellte Inventar sind pfleglich zu behandeln. Es dürfen keine Möbelstücke oder Elektrogeräte aus den Zimmern oder Gemeinschaftsräumen entfernt oder umgebaut werden. Das Aufstellen von Privatmöbeln oder Elektrogeräten ist grundsätzlich nicht gestattet. Über Ausnahmen entscheidet die Hausverwaltung.
- (4) Satellitenschüsseln in oder am Gebäude sind nicht erlaubt. Ein Telefon-Internet Anschluss ist nur auf eigene Kosten möglich, wenn dazu keine baulichen Veränderungen nötig sind. Einzelfälle müssen im Vorfeld mit der Hausverwaltung bzw. Stadt abgesprochen werden.
- (5) Die zugewiesenen Räume müssen angemessen beheizt und gelüftet werden. Wasser und Strom sind sparsam und klimaschonend zu verwenden.

## § 6

### **Betretungsrecht**

- (1) Die Bewohnenden müssen den Mitarbeitenden der Stadt und der Hausverwaltung jederzeit nach Aufforderung und ebenso zu vorher vereinbarten Zeitpunkten den Zutritt zu den Wohnräumen ermöglichen.

Die Zeiten sollen in der Regel werktags zwischen 07.00 und 18.00 Uhr liegen.

- (2) Die Mitarbeitenden der Hausverwaltung sind befugt, die Räume jederzeit zu betreten, um
- eine Person im selben Zimmer unterzubringen
  - eine Gefahr abzuwenden
  - die Anwesenheit unbefugter Personen zu überprüfen und Hausverbot zu erteilen.

Bestehen Anhaltspunkte für das Verüben einer Gewalt- oder Straftat, wird die Polizei hinzugezogen.

## § 7

### **Sicherheit im Haus**

Alle Bewohnenden müssen in den Unterkünften aus Sicherheitsgründen und zur Einhaltung des Brandschutzes:

- Fenster, Türen, Flure, Treppenhäuser sowie Rettungs- und Fluchtwege, Feuerwehruzufahrten und Gebäudezugänge freihalten. Das Abstellen von Gegenständen an diesen Orten ist nicht gestattet.
- Kein offenes Licht, kein Feuer, kein Grillen im Gebäude durchführen.
- Keine feuer- und explosionsgefährlichen Stoffe in der Unterkunft lagern.
- Haustüren, Waschraum- und Kellerraumtüren stets geschlossen halten.

## § 8

### **Sauberkeit und Müllentsorgung**

- (1) Alle Bewohnenden haben die von ihnen bewohnten Räume selbst zu reinigen, ebenso gemeinschaftlich genutzte Räume wie Küche, Flure, Treppen, Toiletten.
- (2) Die Nutzung der Waschmaschinen in der Unterkunft erfolgt nach Absprache zwischen den Bewohnenden. Genauere Regelungen kann die Hausverwaltung festlegen.
- (3) Der Müll wird durch die Bewohnenden getrennt und regelmäßig ausschließlich in die gekennzeichneten Abfallbehälter entsorgt.
- (4) Müll darf nicht im Freien, innerhalb der Unterkünfte oder neben den dafür vorgesehenen Müllcontainern entsorgt werden. Das gilt auch für Groß- und Sperrmüll.
- (5) Hausmüll und Küchenabfälle dürfen nicht durch Toilette, Waschbecken oder Duschen entsorgt werden. Für dadurch entstehende Verstopfungen, Schäden und Reparaturen ist der Verursacher zum Schadensersatz verpflichtet.
- (6) Sperrmüll darf nur nach Absprache mit der Hausverwaltung und Termin von der Müllabfuhr taggenau an den Straßenrand gestellt werden.

## § 9

### **Allgemeine Ruhezeiten**

- (1) Nachtruhe ist in der Zeit von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr. Auf die Ruhezeiten von Kindern sollten alle Bewohnenden Rücksicht nehmen.
- (2) Laute Hausarbeiten oder sonstige lärmverursachende Tätigkeiten dürfen in der Zeit von Montag bis Freitag zwischen 08:00 Uhr und 13:00 Uhr, sowie zwischen 15:00 und 18:00 Uhr und am Samstag zwischen 08:00 und 12:00 Uhr durchgeführt werden.
- (3) An Sonn- und Feiertagen dürfen keine ruhestörenden Hausarbeiten oder lärmverursachende Tätigkeiten durchgeführt werden.

## § 10

### **Meldepflichten der Bewohnenden**

- (1) Wer Kenntnis von einem Feuer oder einer Feuergefahr hat, alarmiert unmittelbar die Feuerwehr (Tel. 112), sowie die Hausverwaltung.  
Wer vorsätzlich einen Fehllarm auslöst, bezahlt die Kosten für den Feuerwehreinsatz.
- (2) Die Hausverwaltung muss sofort von den Bewohnenden informiert werden, wenn in der Unterkunft festgestellt werden:
  - Eine meldepflichtige Krankheit, z. B. Hepatitis, Typhus, Keuchhusten, Masern, Röteln, Corona.
  - Ungeziefer in den Räumen, z. B. Läuse, Flöhe, Krätze, Wanzen.
  - Schäden im und am Gebäude, z. B. an Heizungs- Sanitär- und Elektroanlagen oder Einrichtungsgegenständen.
- (3) Bei Kenntnis von begangenen oder beabsichtigten Straftaten ist die Hausverwaltung umgehend zu informieren.

## § 11

### **Regelungen zum Schutz der Gemeinschaft und zur gegenseitiger Rücksichtnahme**

- (1) In den zur Nutzung zugewiesenen Räumen, den gemeinschaftlich genutzten Flächen den anderen Gebäudeteilen und dem Außengelände der Unterkunft sind zum Schutz aller Bewohner verboten:
  - Drogen und Alkohol
  - Der Besitz, das Tragen und der Gebrauch von Waffen, Dekorationswaffen und Spielzeugwaffen
  - Eigenmächtige bauliche oder technische Veränderungen, insbesondere an Heizungs-, Sanitär- oder Elektroanlagen
  - Das Anbieten von Waren oder Dienstleistungen jeder Art. Jede Form von kommerzieller und politischer Werbung
  - Jede religiös-missionarische oder parteipolitische Tätigkeit
  - Jedes Verhalten, das die Sicherheit oder Ordnung oder den häuslichen Frieden in der Unterkunft stört oder stören kann

- (2) Das Rauchen von Tabak und Shishas ist in den Gebäuden der Unterkünfte nicht gestattet. Die Hausverwaltung kann besondere Regelungen treffen.

## § 12

### **Abwesenheit**

- (1) Wegen des großen Bedarfs an Unterkünften wird der Unterbringungsplatz bei Abwesenheit von mehr als 3 Tagen neu vergeben. Bewohnende, die sich länger als 3 Tage nicht in der Unterkunft aufhalten und ihre Abwesenheit der Hausverwaltung nicht vorher darlegen, verlieren den Unterbringungsplatz in der Unterkunft.
- (2) Nicht ausgeräumte, persönliche Sachen werden 4 Wochen nach Ausräumung des Unterbringungsplatzes eingelagert und danach entsorgt.
- (3) Ausnahmen zu Absatz 1 müssen mit der Hausverwaltung unbedingt im Vorfeld abgesprochen werden.

## § 13

### **Zu widerhandlungen**

Bei Zu widerhandlungen gegen die Hausordnung sind folgende Maßnahmen einzeln oder auch ergänzend möglich:

- Verlegung in eine andere Unterkunft
- Erteilung eines Hausverbots
- Schadensersatzforderungen und ggfs. eine Reinigungspauschale
- Strafanzeige bei Rechtsverstößen und Gewaltdelikten

## § 14

### **Presse / Medien**

Das Betreten der Unterkünfte durch Vertretungen der Medien zum Zwecke der öffentlichen Berichterstattung ist nur mit Genehmigung der Stadt zulässig.

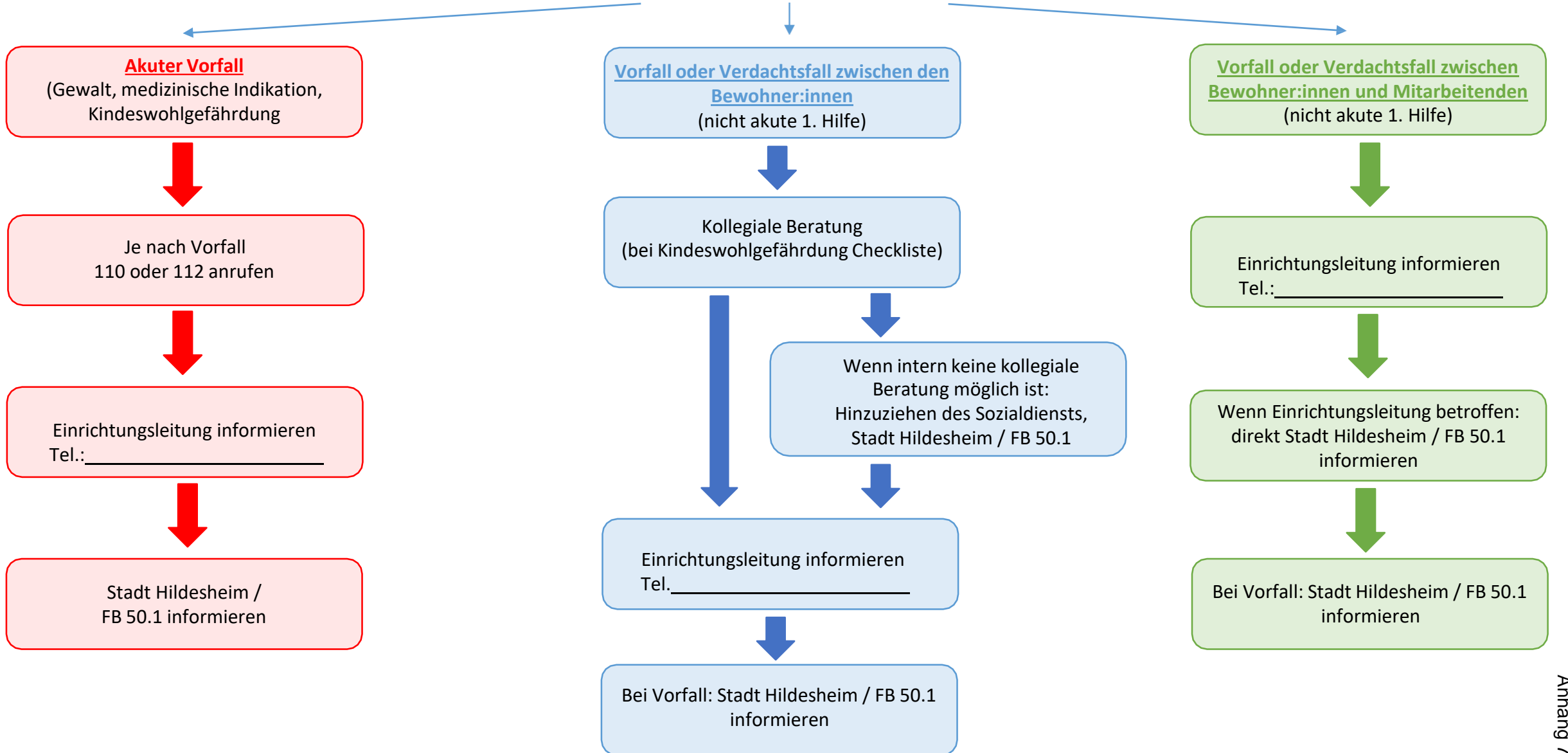
Das Fotografieren oder Filmen zu Veröffentlichungszwecken auf dem Gelände und in den Räumen bedarf ebenfalls einer vorherigen schriftlichen Genehmigung der Pressestelle der Stadt.

## § 15

### **Sonstiges**

- (1) Diese Hausordnung tritt am 01.08.2023 in Kraft.
- (2) Die Bewohnenden erhalten bei Einzug in die Unterkunft ein Exemplar der Hausordnung gegen Unterschriftsbestätigung ausgehändigt.

# Meldeketten bei Gewaltvorfällen



## Selbstverpflichtungserklärung

### für Beschäftigte in Gemeinschaftsunterkünften der Stadt Hildesheim

1. Ich verpflichte mich, alles in meinen Kräften Stehende zu tun, die Bewohnenden der Gemeinschaftsunterkünfte vor seelischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt in unserer Einrichtung zu schützen.  
Grundlage meines Umgangs mit den Menschen ist eine Haltung des Respekts und der Wertschätzung gegenüber jeder Person, ungeachtet der Herkunft, Sprache, Religion, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität.
2. Ich achte ich die Persönlichkeit und Würde der Bewohnenden. Ich respektiere ihre Persönlichkeitsrechte, insbesondere das Recht auf Privatsphäre, das Recht auf das eigene Bild und den Schutz der persönlichen Daten.
3. Ich setze mich aktiv für ein gewalt- und diskriminierungsfreies Miteinander ein. Hinweise auf gewalttätige, verbale oder sexuelle Übergriffe nehme ich bewusst wahr und werde diese nicht bagatellisieren oder gar vertuschen. Ich beziehe aktiv Stellung gegen sexistisches, diskriminierendes und gewalttätiges, verbales oder nonverbales Verhalten auch mittels digitaler Medien. Abwertendes Verhalten wird von mir benannt und nicht toleriert.
4. Ich kenne das Gewaltschutzkonzept der Stadt Hildesheim und halte mich an ihre Regelungen, wenn ich von Konflikten, Regelverstößen, Beschwerden oder Gewaltvorfällen erfahre.
5. Ich erkläre mich bereit, Angebote zur Information, zur Supervision und zum kollegialen Austausch zu nutzen und mich regelmäßig - in Absprache mit der Einrichtungsleitung - fortzubilden.

-----  
Name, Vorname

-----  
Datum, Unterschrift